

An den
Vorsitzenden des Unterausschusses Produkthaushalt und Personalwirtschaft

über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses

über Senatskanzlei – G Sen –

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz
Beschlussprotokoll der 14. Sitzung des Unterausschusses Produkthaushalt und Personalwirtschaft vom 15. Oktober 2013

Rote Nummern: 0076

Vorgang: 14. Sitzung des Unterausschusses Produkthaushalt und Personalwirtschaft vom 15. Oktober 2013

Ansätze: ./.

Der Unterausschuss Produkthaushalt und Personalwirtschaft hat in der 14. Sitzung am 15. Oktober 2013 den folgenden Berichtsauftrag beschlossen:

„SenJustV wird gebeten, dem UA PHPW bis zu seiner Sommersitzung (voraussichtlich am 3. Juni 2014) zu berichten, wie sich die Ausbildungssituation bei SenJustV weiter entwickelt hat, insbesondere, wie sich SenJustV um Quereinsteiger/-innen (z.B. Rechtsanwalts- und Notargehilfen/-innen) bemüht, und ob bzw. welche Hemmnisse bestehen, Quereinsteiger/-innen zu gewinnen.“

Ich bitte, den Beschluss aufgrund des nachfolgenden Berichts für erledigt zu erklären.

Vorab ist zu bemerken, dass sich die nachfolgenden Ausführungen ausschließlich auf den Bereich der Rechtspflege beziehen. Die Ausbildungssituation im Bereich des Justizvollzuges wirft keine besonderen Probleme auf, wie ich bereits im Rahmen der Berichtserstattung vom 1. Oktober 2013 (vgl. Ausführungen zur Nr. 2 der Sammelvorlage – rote Nr. PHPW 0076) dargestellt habe.

Entwicklung der Bewerberzahlen

Die Entwicklung der Bewerberzahlen im Bereich der Rechtspflege ist sehr erfreulich. Der positive Trend lässt sich insbesondere an den gestiegenen Bewerberzahlen ablesen. Zwar sind die Auswahlverfahren der laufenden Kampagne noch nicht abgeschlossen, ich gehe

jedoch davon aus, dass die geplanten Einstellungen in diesem Jahr tatsächlich realisiert werden.

Jahr	Rechtspfleger anwärter/innen		Justizfachangestellte		Justizhauptwachmeisteranwärter/innen	
	Bewerbungen	Einstellungen	Bewerbungen	Einstellungen	Bewerbungen	Einstellungen
2009	907	45	641	76	210	40
2010	898	64	670	73	453	30
2011	737	18	485	61	391	15
2012	729	20	508	56	253	Keine
2013	663	30	406	61	Keine	Keine
2014	719	(60)	724	(70)	459	(15)

Die vorstehende Tabelle veranschaulicht, dass der negative Trend bei den Bewerberzahlen in den drei Ausbildungsberufen gestoppt werden konnte und im Vergleich zum Vorjahr deutliche Zuwächse zu verzeichnen sind. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Berufsgruppe der Justizfachangestellten erfreulich, da hier der Bedarf an Nachwuchskräften am größten ist und in den kommenden Jahren auch im Vergleich zu den anderen Ausbildungsberufen stärker ansteigen wird.

Ausbildungsmarketing

Die Auswirkungen des demografischen Wandels zwingen die Justiz zu einer kontinuierlichen Verbesserung des Ausbildungsmarketings. Der beschriebene positive Trend bei den Bewerberzahlen ist das Resultat verbesserter Marketing- und Akquisemaßnahmen, die die Präsidentin des Kammergerichts als für die Ausbildung in der Rechtspflege zuständige Behörde in die Wege geleitet hat. Hervorzuheben sind die folgenden Maßnahmen:

Onlinebewerbungen und Informationen im Internet

Für die Ausbildungsberufe Justizfachangestellte(r) und Rechtspfleger/in können interessierte Nachwuchskräfte ihre Bewerbung online einreichen. In Kooperation mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird hierfür das Angebot von Interamt.de genutzt, eine bundesweite Plattform, über die Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst mit potentiellen Arbeitgebern in Kontakt treten können. Für die laufenden Bewerbungsverfahren wurden über interamt.de die Stellenausschreibungen verbreitet, Bewerbungen entgegen genommen und die Bewerbervorgänge der internen Bearbeitung zugeführt. Rund 75 % der Bewerbungen sind auf diesem Wege eingegangen, weitere 10 % der Interessenten haben ihre Bewerbungsunterlagen zunächst in konventioneller Form („Papierform“) eingereicht und im Nachgang ihre Daten online übermittelt. Der Anteil konventioneller Bewerbungen liegt demnach bei ungefähr 15 %. Mit der Onlinebewerbung bietet die Justiz daher einen Service, der auf das Kommunikationsverhalten und die Informationsbedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten ist.

Eine Umfrage unter den Bewerberinnen und Bewerbern für die verschiedenen Ausbildungsberufe hat ergeben, dass ein Drittel (Justizfachangestellte) bzw. die Hälfte (Rechtspfleger/-in) der Interessenten über das Internet auf das Ausbildungsangebot der Justiz aufmerksam geworden sind. Neben der Seite des Kammergerichts und dem Angebot von Interamt.de werden für die Informationsverbreitung das Berliner Karriereportal (www.berlin.de/karriereportal), die Karriereportale des Tagesspiegels und der Berliner Zeitung, das berufliche Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten (bqn-berlin.de), die Ausbildungsatlanten der Bezirke, meinestadt.de, die Bundesagentur für Arbeit (jobboerse.de), der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr, Bewerbung24.com sowie die Internet-Berufsbörsen Monster.de und Stepstone.de genutzt.

Im Hinblick auf kommende Einstellungsverfahren wird gegenwärtig der gesamte Außenaustritt der Justiz in Ausbildungsangelegenheiten neu gestaltet. Dazu gehört eine modernere und die potentiellen Bewerberinnen und Bewerber ansprechende Internetpräsenz der Justiz.

Messeauftritte

Die Berliner Justiz, vertreten durch das Aus- und Fortbildungsreferat des Kammergerichts, war im Jahr 2013 auf achtzehn Ausbildungsmessen und vergleichbaren Veranstaltungen präsent. Gegenüber dem Vorjahr stellt das eine Verdoppelung der Aktivitäten dar. Die ganz- und teilweise auch mehrtägigen Messen verursachen Kosten und einen hohen Personalaufwand, der nur mit Hilfe der personellen Unterstützung durch einzelne Gerichte betrieben werden kann.

Die Bewerberumfrage hat gezeigt, dass die Bedeutung der Messen für die Akquise abnimmt und im Hinblick auf den finanziellen und personellen Aufwand kritisch zu betrachten ist. Die Messen bieten hauptsächlich ein Forum für junge Menschen, deren Interesse dem Berufsbild „Justizfachangestellte“ gilt. Auch weil sich einige der im Vorjahr besuchten Messen nicht als zielgruppengerecht erwiesen haben, wird die Planung für das Jahr 2014 derzeit überarbeitet. Geplant ist die Teilnahme an zwölf Veranstaltungen, darunter eine im Land Brandenburg.

Veröffentlichungen in Printmedien

Stellenausschreibungen werden grundsätzlich in der Berliner Morgenpost, dem Tagesspiegel und der Berliner Zeitung, insbesondere den im Spätsommer erscheinenden Sonderbeilagen zum Thema Berufsausbildung veröffentlicht. Im vergangenen Jahr sind erstmals Anzeigen in der Märkischen Allgemeinen Zeitung und im Brandenburger Wochenblatt geschaltet worden, um Interessenten aus dem Umland zu erreichen. Diese Praxis soll fortgesetzt werden.

Praktika

Das Angebot von Praktikumsplätzen ist ein weiterer Weg, bei jungen Menschen das Interesse für eine Ausbildung in der Justiz zu wecken. Im Jahr 2013 sind alle in der ordentlichen Gerichtsbarkeit angebotenen Praktikumsplätze besetzt worden. Die gemeldeten Schülerpraktika liegen mit rd. 180 auf dem Niveau des Vorjahres. Festzustellen ist, dass Bewerbungen nicht nur von Schülerinnen und Schüler, sondern vermehrt auch von Er-

wachsenden eingehen, die sich beruflich neu orientieren und auf diese Weise mit dem Arbeitgeber Justiz in Kontakt treten wollen.

Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger

Nach den Erkenntnissen aus den Auswahlverfahren streben in zunehmendem Maße Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in den öffentlichen Dienst. Das Hauptmotiv sind dabei die familienfreundlicheren Arbeitszeiten. Aufgrund ihrer Ausbildung und Qualifikation sind Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte für eine Beschäftigung in der Justiz besonders geeignet. Auch Verwaltungsfachangestellte und Kaufleute für Bürokommunikation sind in der Vergangenheit nicht nur im Land Berlin über Bedarf ausgebildet worden. Hier steht der Justiz ein großes Bewerberfeld zur Verfügung, das gezielt angesprochen werden soll.

Eine wichtige Voraussetzung ist, dass dieser Personenkreis schnell in den neuen Beruf eingegliedert werden kann. Wegen der an die spezifische berufliche Qualifikation (Justizfachangestellte) gebundenen beruflichen und tariflichen Optionen, ist eine Übernahme ohne eine weitere Ausbildung in der Justiz jedoch nicht attraktiv. In geeigneten Fällen soll daher von § 8 Abs.1 S.1 BBiG Gebrauch gemacht und eine Verkürzung der Ausbildung um ein Jahr bereits bei Vertragsabschluss zugesichert werden. Die Präsidentin des Kammergerichts befindet sich hierzu in Gesprächen mit den Personalvertretungen, um vor Eröffnung der Einstellungskampagne des Jahres 2015 Einvernehmen zu erzielen und mit diesem Angebot werben zu können. Die Altersgrenzen für die Aufnahme in die Justizfachangestelltenausbildung sind bereits aufgehoben worden.

Das Informationsmaterial für den genannten Bewerberkreis hebt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und die Vorteile eines sicheren Arbeitsverhältnisses, geregelter Arbeitszeiten sowie familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle hervor.

Diversitymanagement in der Berliner Justiz

Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz führt in Kooperation mit der Beuth Hochschule für Technik Berlin eine Untersuchung zum Thema „Diversitymanagement in der Berliner Justiz“ durch. Auslöser ist der Befund, dass Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund in allen Berufsfeldern der Justiz unterrepräsentiert sind.

Übergeordnetes Ziel der Untersuchung ist es, gemäß der Charta für Vielfalt (2013) Personalprozesse und Personalpolitik unter anderem so auszurichten, dass die Beschäftigtenstruktur der Justizverwaltung die demografische Vielfalt des Organisationsumfeldes (Alter, Geschlecht, Herkunft etc.) widerspiegelt. Im Rahmen des Forschungsvorhabens werden ausgewählte Strukturen verschiedener Einrichtungen der Berliner Justiz sowie Determinanten von Personalakquise- und Personalauswahlprozessen in ausgewählten Berufen analysiert. Bestehende Verfahren, Regelungen und Richtlinien werden im Hinblick auf ihre Durchlässigkeit und Angemessenheit für unterschiedliche Talente untersucht und gegebenenfalls angepasst. Im Mittelpunkt der Analyse steht die Untersuchung von Zugangswegen und Barrieren für Menschen mit Migrationshintergrund zum Ausbildungsberuf „Justizfachangestellte“.

Das Projekt ist auf 12 Monate angelegt und erstreckt sich auf die Ableitung geeigneter konkreter Maßnahmen insbesondere zur Gewinnung junger Frauen mit Migrationshintergrund für die Berufsgruppe der Justizfachangestellten.

Mehr Ressourcen und effizientere Prozesse

Mit dem Start der „Ausbildungsoffensive“ in der Justiz gehen interne organisatorische und personelle Veränderungen einher. Das Ausbildungsreferat des Kammergerichts ist mit einer Mitarbeiterin des mittleren Dienstes und einem Beamten des gehobenen Dienstes verstärkt worden. In den Einstellungskampagnen sind die Geschäftsprozesse überarbeitet und den Entscheidungsprozessen der Schulabsolventen in zeitlicher Hinsicht stärker angepasst worden. Verlängerte Bewerbungsfristen tragen dazu bei, dass auch Spätentschlossene in das Bewerbungsverfahren aufgenommen werden können. Für den Bereich der Justizfachangestellten wird derzeit geprüft, ob Einstellungskampagnen künftig zweimal pro Jahr (Frühjahr und Herbst) durchgeführt werden können, was eine flexiblere Verteilung der Auszubildenden in den Praxisstationen ermöglichen und damit insgesamt die Kapazitäten erhöhen würde.

Die internen Geschäftsprozesse sollen zudem mit IT-Unterstützung optimiert werden. Zielsetzung ist die Entwicklung von Datenbankanwendungen, die sämtliche Arbeitsprozesse im Ausbildungsreferat abbilden, insbesondere die Bewerberverfahren, die Organisation der Ausbildungsgänge (z. B. Einrichtung der Lehrgänge und Praxiszuweisungen), die Personalverwaltung und -sachbearbeitung (Personaldatenbank) sowie das Raummanagement. Für das Jahr 2016 wird zusammen mit der federführend verantwortlichen Senatsverwaltung für Inneres und Sport die Einführung des landesweiten E-Recruiting angestrebt, das der Einrichtung eines onlinegestützten Auswahlverfahrens mit angeschlossener Eignungsdiagnostik dienen soll.

Vernetzung

Das Kammergericht hat seine Kontakte zu anderen Ausbildungsbehörden im Land Berlin deutlich ausgebaut und beteiligt sich an den Sitzungen aller „Ausbildungsleitungen der Ausbildungsbehörden der Berliner Verwaltung“, die auf Einladung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport halbjährlich stattfinden. Die bessere Vernetzung und Kontaktpflege hat sich bei der Anwerbung von Interessenten bereits als gewinnbringend erwiesen. Zusätzliche Bewerberkreise, die bei anderen Ausbildungsbehörden nicht zum Zuge kamen, konnten auf diese Weise angesprochen werden. Die Justiz „lernt“ auf diese Weise und adaptiert die Best Practice-Modelle der Anwerbung aus anderen Verwaltungsbereichen.

Zukunft der Ausbildungsberufe in der Justiz

Wie ich bereits im Oktober 2013 berichtet habe, ist unter Beteiligung der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, der Präsidentin des Kammergerichts, der gerichtlichen Praxis und der Beschäftigtenvertretungen eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die vornehmlich die Themenbereiche IT-Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Arbeitsabläufe (Stichwort: elektronischer Rechtsverkehr), Erwartungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Justiz als Arbeitgeber, Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Justiz sowie Veränderungen bei den der Justiz zugewiesenen Aufgaben in den Blick nimmt und auf dieser Grundlage die Zuschnitte der Anforderungsprofile der Justizberufe überprüft, gegebenenfalls neu definiert und die entsprechenden Ausbildungsinhalte anpasst.

Fazit

Die Berliner Justiz hat auf die Herausforderungen des demografischen Wandels mit einer „Ausbildungsoffensive“ reagiert. Mit einem Bündel von Maßnahmen wird es gelingen, die Anforderungen im Bereich der Nachwuchsgewinnung und der Ausbildung auch künftig erfüllen zu können und die Leistungsfähigkeit der Justiz angesichts steigender altersbedingter Abgänge zu erhalten.

In Vertretung

Straßmeir
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz